

Eine stärker kreislauforientierte und dabei gerechte Wirtschaft: auf dem Weg zu strategischer Autonomie für industrielle Arbeitsplätze und eine sauberere Umwelt

Dokument in der 25. Sitzung des Exekutivausschusses von industriAll Europe verabschiedet
Brüssel, 30. November & 1. Dezember 2022 | 2022/142

Die aktuellen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen, mit denen die europäische Industrie und ihre Beschäftigten konfrontiert sind, haben die Notwendigkeit von umfassenderer vorausschauender Planung und größerer strategischer Autonomie deutlich gemacht. Die Energiepreis- und -versorgungskrise und die enormen Störungen in der Rohstoffversorgung können zu einer massiven Deindustrialisierung in Europa führen, was wiederum den Green Deal und unseren Kampf gegen den Klimawandel gefährdet. Eine Kreislaufwirtschaft könnte diesen Trend umkehren, indem sie die Treibhausgasemissionen senkt, den Rohstoffbedarf reduziert und das industrielle Produktionssystem mit einem Teil der vorhandenen Materialien und Produkte speist, so dass der Wert, die Materialien und die Energie, die in den Industrieprodukten stecken, viel länger genutzt werden und eine industrielle Symbiose entsteht.

Aus diesem Grund erklärt industriAll Europe, dass:

- die europäische Industrie dringend eine stärker kreislauforientierte und dabei gerechte Wirtschaft braucht,
- die Kreislaufwirtschaft vollständig integriert sein und durch eine starke und kohärente Industriestrategie unterstützt werden muss,
- die Kreislaufwirtschaft eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaft und des Industriesystems auf allen Ebenen bedeutet und daher eine umfassende Antizipation und Vorbereitung erfordert. Der Übergang zu einer stärker kreislauforientierten Wirtschaft muss ein gerechter Übergang sein, der keine Region und keine*n Arbeitnehmer*in zurücklässt.
- die Gewerkschaften bei diesem Übergang eine Schlüsselrolle spielen können.

Wir brauchen mehr und eine bessere und gerechte Kreislaufwirtschaft

Die Kreislaufwirtschaft ist eine der wichtigsten Säulen des grünen Strukturwandels. Die entsprechenden Grundsätze stehen seit vielen Jahren auf verschiedenen politischen Ebenen auf der Tagesordnung und werden als Lösung für viele der aktuellen Herausforderungen angesehen, denen sich die europäische Industrie bei ihrem Übergang zu einer Netto-Null-Emissionsgesellschaft gegenüber sieht. Die Europäische Kommission hat die Kreislaufwirtschaft in ihre Green Deal-Agenda aufgenommen und betrachtet diesen

Wandel als Priorität. Laut dem Circularity Gap Report 2021¹ sind wir jedoch noch weit von einer Kreislaufwirtschaft entfernt, da unsere globale Wirtschaft nur zu 8,6 % zirkulär ist².

Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft ist unerlässlich, um Klimaneutralität zu erreichen und unsere Umwelt zu schützen. Heute sind die Gewinnung und Verarbeitung von Ressourcen für etwa 90 % des Verlusts an biologischer Vielfalt und mehr als die Hälfte der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Der Übergang zu einer klimaneutralen Industrie wird ohne Kreislaufstrategien nicht möglich sein. In einem ehrgeizigen Szenario würde eine stärker kreislaforientierte Wirtschaft die Emissionen der Schwerindustrie bis 2050 um 56 % senken³. Darüber hinaus würde eine Kreislaufwirtschaft dazu beitragen, den Rohstoffbedarf und die Rohstoffabhängigkeit der europäischen Industrie zu verringern. Sie würde den Bedarf an Primärrohstoffen nicht vollständig senken, wäre jedoch in Verbindung mit anderen Diversifizierungsstrategien (heimische Bergbauaktivitäten, Substitution, internationaler Handel) ein wesentlicher Pfeiler der Rohstoffversorgung.

Die Kreislaufwirtschaftsstrategien müssen ehrgeizig sein und sich auch auf industrielle Prozesse stützen. Kreislaufwirtschaft kann sich außerdem positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auswirken, indem sie die Unternehmen dazu anleitet, die Erwartungen und Trends der Kund*innen zu erfüllen, aber auch qualitativ hochwertigere Produkte zu entwickeln und gleichzeitig attraktiver für die Beschäftigten zu werden, die zunehmend nach „grünen“ Arbeitsplätzen suchen.

IndustriAll Europe hat eine starke Position zur Förderung einer stärker kreislaforientierten Wirtschaft in Europa und erinnert an seine Position für eine ehrgeizige industrialisierte Kreislaufwirtschaft⁴. In der gegenwärtigen Situation hoher Energiepreise und der Versorgungskrise werden entsprechende Strategien für die Industrie, wenn sie gut konzipiert und umgesetzt werden, entscheidend sein, um Energie zu sparen und den Rohstoffbedarf angesichts von Rohstoffknappheit, Abhängigkeit von Drittländern und hoher Preisvolatilität zu verringern.

Es ist mehr denn je an der Zeit, eine grundlegende Transformation von einer linearen Wirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft zu vollziehen und diesen Strukturwandel zu fördern. Kreislaufwirtschaft bedeutet einen grundlegenden Wandel der Wirtschaft und des industriellen Systems auf allen Ebenen und erfordert daher eine umfassende Antizipation und Vorbereitung. Damit dies geschehen kann, brauchen wir wirkungsvolle politische Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen, Verpflichtungen seitens der Industrie, aber auch eine Agenda für einen gerechten Strukturwandel, die diesen Wandel begleitet. Der Übergang zu einer stärker kreislaforientierten Wirtschaft hat Auswirkungen auf die Industriebeschäftigten, und die Gewerkschaften, die sie vertreten, stehen vor neuen Herausforderungen. Mit diesem Strategiepapier legt industriAll Europe seine Position und Forderungen zur Gestaltung dieses Übergangs zu einer mehr und gerechteren Kreislaufwirtschaft für die europäischen Industrien dar und benennt die wichtigsten Herausforderungen, denen sich die Arbeitnehmer*innen und die Gewerkschaften stellen müssen, um den Veränderungen zuvorzukommen und niemanden zurückzulassen.

Pläne für eine Kreislaufwirtschaft in Europa

Seit mehreren Jahren schlägt die Europäische Union verschiedene politische Maßnahmen vor, um den Übergang zu mehr Kreislaufwirtschaft zu gestalten und zu unterstützen. Bereits 2015 hat die Europäische

¹ 2021 Circularity Gap Report, Circle Economy, hier abrufbar: <https://www.circularity-gap.world/2021>

² In Europa erreichte die „circular material use rate“ im Jahr 2020 12,8 %. Das bedeutet, dass 12,8 % der in der EU verwendeten Materialressourcen aus recycelten Abfallmaterialien stammen (Eurostat, EU's circular material use rate increased in 2020).

³ „The Circular Economy. A powerful force for climate mitigation“, Material Economics, [hier](#) abrufbar.

⁴ Siehe Policy Brief von industriAll Europe (2016) [hier](#).

Kommission einen ersten Aktionsplan für eine Kreislaufwirtschaft vorgelegt, der auf den Fahrplan für ein ressourceneffizientes Europa (2011) zurückgeht. Der Aktionsplan „Den Kreislauf schließen“ enthielt bereits einige wichtige Vorschläge für den Übergang in den Bereichen Produktion, Verbrauch und Abfallwirtschaft.

Der Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft, der 2020 veröffentlicht wurde, bot eine ganzheitliche Vision des Übergangs zur Kreislaufwirtschaft und eine konkretere Agenda für Maßnahmen. Bestimmungen zur Kreislaufwirtschaft finden sich außerdem in verschiedenen EU-Rechtsvorschriften, darunter in einer neuen Verordnung für Batterien, in grundlegenden Vorschriften für Verpackungen und zur Verringerung von (übermäßigen) Verpackungen und Verpackungsabfällen, in verbindlichen Vorschriften in Bezug auf den Gehalt an recyceltem Kunststoff und die Verringerung von Kunststoffabfällen, in der Richtlinie über Altfahrzeuge, der Überarbeitung der Abfallverbringungsverordnung⁵ und in einer EU-Strategie für nachhaltige Textilien⁶.

Im März 2022 veröffentlichte die Europäische Kommission ihr erstes Paket zur Kreislaufwirtschaft, um nachhaltige Produkte in der EU zur Norm zu machen, zirkuläre Geschäftsmodelle zu fördern und das Bewusstsein für den ökologischen Wandel zu stärken (siehe die Bewertungen von industriAll Europe im Anhang). All diese Initiativen und Vorschläge werden in der Tat zu mehr Kreislaufwirtschaft führen, soziale Aspekte fehlen allerdings. Es fehlt eine klare Agenda für einen gerechten Strukturwandel, und soziale Kriterien, wie die Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Sozialdialog und den Qualifikationsbedarf, werden leider nicht angemessen berücksichtigt.

Die Herausforderungen einer Kreislaufwirtschaft für die Industriebeschäftigten

Die Europäische Kommission definiert Kreislaufwirtschaft als „eine Wirtschaft, in der der Wert von Produkten, Materialien und Ressourcen so lange wie möglich erhalten bleibt und die Entstehung von Abfällen minimiert wird“. Der europäische Übergang zu einem regenerativen Wachstumsmodell, das durch zirkuläres Denken und Geschäftsmodelle operationalisiert wird, ist ein grundlegender, systemischer Wandel, der die Art und Weise, wie Produkte, Dienstleistungen, Systeme und Infrastrukturen entworfen und hergestellt werden, in Frage stellt.

Die Kreislaufwirtschaftsmodelle lassen sich in verschiedene, teilweise komplementäre Prozesse unterteilen:

- dienstleistungsbasierte Systeme, „gemeinschaftlicher Konsum“, „Sharing Economy“-Modelle,
- industrielle Symbiose, d. h. der Prozess, bei dem Abfälle oder Nebenprodukte einer Industrie oder eines industriellen Prozesses zu Rohstoffen für einen anderen Industriezweig werden,
- (Um)Gestaltung von Produkten, um sie haltbarer, wiederverwendbar und reparierbar zu machen,
- Recycling- und Abfallmanagementsysteme.

Jeder dieser Ansätze hat unterschiedliche Auswirkungen auf die Art und Weise, wie Waren hergestellt, verwendet und am Ende ihres Lebenszyklus verwertet werden. Es gibt also keinen einheitlichen Ansatz für die Industrie, und die Prozesse, Herausforderungen und Grenzen⁷ sind von einer Branche zur anderen sehr unterschiedlich.

⁵ industriAll Europe-Botschaft [hier](#).

⁶ industriAll Europe- Positionspapier [hier](#).

⁷ Es ist auch wichtig zu erwähnen, dass es immer noch quantitative und qualitative Grenzen gibt, die diesen Übergang verhindern, wie z.B. die Desorganisation der Sammlung und Behandlung von Abfällen, die Belastung durch Vorschriften (Abfall vs. Produkt), die massiven Exporte von Abfällen, die Wasser- und Energiekosten, der Bedarf an Primärrohstoffen in bestimmten Anwendungen und industriellen Prozessen, die komplexe Legierung und die Unmöglichkeit der Demontage.

Einigen Studien zufolge⁸ könnte die Kreislaufwirtschaft in Europa eine kleine positive Veränderung in Bezug auf die Zahl der Arbeitsplätze bewirken. In einigen Branchen wird die Beschäftigung voraussichtlich wachsen, z. B. in der Abfallwirtschaft, der Wiederaufbereitung, der Dienstleistungsbranche (einschließlich Wiederverwendung und Reparatur), während sie in anderen Branchen sinken wird, z. B. in den Rohstoffindustrien, der Herstellung von Grundmetallen, Werkstoffen und Chemikalien sowie der Herstellung einiger langlebiger Güter. Eine starke und kohärente Politik für den Beschäftigungsübergang, die in der Industriepolitik verankert ist, ist daher absolut notwendig.

Aber die Anzahl der Arbeitsplätze und das Schaffen von Arbeitsplätzen dürfen nicht der einzige Schwerpunkt sein. Es gilt auch andere Aspekte zu berücksichtigen. Es entstehen neue (Teil-)Branchen und Tätigkeiten und damit neue Arbeitsplätze sowie neue Herausforderungen in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Löhne, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Qualifikationsanforderungen und die Bildungspolitik. Darüber hinaus können sich die Arbeitsorganisation und der soziale Dialog auf sektoraler und betrieblicher Ebene in diesem zirkulären Übergang (ver)ändern.

Als Gewerkschaften müssen wir uns mit den folgenden Fragen befassen⁹:

- Wie kann es Unternehmen gelingen, unter Beteiligung der Arbeitnehmer*innen („Innovation am Arbeitsplatz“) neue Geschäftsmodelle und Produkte zu entwickeln, die den Grundsätzen einer Kreislaufwirtschaft entsprechen?
- Welche Tarifverträge finden für diese neuen zirkulären Tätigkeiten Anwendung? Werden Arbeitnehmer*innen, die in einem Unternehmen neue wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben, auch in den Geltungsbereich der anwendbaren Tarifverträge fallen?
- Wie kann der Arbeits- und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer*innen bei neuen Tätigkeiten gewährleistet werden? Recyclingaktivitäten und die Verarbeitung neuer Abfallströme bergen neue Risiken, wie die Exposition gegenüber gefährlichen oder schädlichen Stoffen.
- Durch den Übergang werden nicht nur neue Arbeitsplätze entstehen. Einige Tätigkeiten und Branchen werden auch starke Rückgänge erleben. Wie kann der Übergang von einem Arbeitsplatz zum anderen mit geeigneten Qualifikationen und angemessenen Ausbildungsprogrammen gewährleistet werden?
- Wie wird die Arbeitsorganisation in den neuen Branchen und in Bezug auf die neuen Tätigkeiten aussehen? Wie können soziale Rechte auf neue Unterauftragnehmer in der Recycling-Wertschöpfungskette ausgedehnt werden? Welche Arten von Individualarbeitsverträgen werden vorherrschen, und welche Auswirkungen wird dies auf die Beschäftigten haben, die schon lange im Unternehmen tätig sind?

Die Gewerkschaften und der soziale Dialog können Erfahrung und Verständnis für diese Fragen vermitteln. Es wird wichtig sein, so bald wie möglich eine starke Gewerkschaftsbewegung in neuen Branchen und zirkulären Aktivitäten zu erreichen und zu unterstützen. So können Verzerrungen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen verhindert und gemeinsam mit Arbeitgebern und Regierungen Lösungen erarbeitet werden, um die negativen Auswirkungen auf die betroffenen Arbeitnehmer*innen zu minimieren.

⁸ Weitere Einzelheiten zu den erwarteten Auswirkungen auf die verschiedenen Branchen finden sich [hier](#) (S. 6-7) im Policy Brief von industriAll Europe (2016) und [hier](#) im Abschlussbericht des Projekts der europäischen Sozialpartner über die Kreislaufwirtschaft und die Welt der Arbeit.

⁹ In den Jahren 2021 und 2022 beteiligte sich industriAll Europe an einem von der Europäischen Kommission (ESF) finanzierten Projekt mit zwei belgischen Organisationen ([reset.vlaanderen](#) und [Bond Beter Leefmilieu](#)), das sich mit der Rolle der Gewerkschaften beim Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft befasste. Die folgenden Fragen sind die Ergebnisse des Austauschs, der im Rahmen des Projekts stattfand.

Gewerkschaften als Schlüsselakteure des zirkulären Übergangs¹⁰

Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft erfordert ein grundlegendes Überdenken der Organisation der Wirtschaft, insbesondere in einigen Industriebranchen. All diese Veränderungen werden Auswirkungen auf die Industrie und die Arbeitnehmer*innen haben. Die Gewerkschaften sind mit Unsicherheiten und Fragen zur Zukunft ihrer Branchen, zu Qualifikationen und zur Attraktivität der Industrie, aber auch mit Gesundheits- und Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit Recycling und neuen nachhaltigen Produktionsverfahren konfrontiert. Es liegt auf der Hand, dass sie in diese Entwicklung hin zu mehr Kreislaufwirtschaft einbezogen werden müssen - sowohl im Hinblick auf die Interessen der Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften (Arbeitsplätze, gute Arbeit, Löhne, Beteiligung) als auch im Hinblick auf eine breitere gesellschaftliche Agenda (Gesundheit, Lebensumfeld, Kaufkraft, soziale Gerechtigkeit usw.).

Ohne die Einbeziehung der Arbeitnehmer*innen mit ihren Kompetenzen wird der Wandel hin zur Kreislaufwirtschaft nicht gelingen. Sie entwickeln die notwendigen Innovationen und sorgen für deren Umsetzung im betrieblichen Alltag. Die Arbeitnehmer*innen sind die Akteure des Übergangs und können die treibende Kraft sein, um Unternehmen und Industrie von innen heraus zum Besseren zu verändern.

Um die Rolle der Gewerkschaften in diesem zirkulären Übergang zu stärken, können verschiedene Hebel genutzt werden:

- auf Unternehmensebene: Sensibilisierung und Aneignung von Kenntnissen darüber, was der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft mit sich bringt, welche Folgen er hat, aber auch welche Möglichkeiten und Chancen er für das Unternehmen und die Beschäftigung bietet. Nur eine von den Arbeitnehmer*innen getragene Perspektive kann den Übergang wirklich vorantreiben. Dieses Wissen muss auf allen Ebenen, auf denen die Gewerkschaften Interessenvertreter sind, genutzt werden, von der gemeinsamen Planung bis hin zur Festlegung und Durchführung konkreter Maßnahmen,
- Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung der Gewerkschaften in geeigneten Gremien, die sich mit dem zirkulären Übergang der Unternehmen und Branchen befassen,
- interne Stärkung der Gewerkschaftsfachbereiche, die sich mit Kreislaufwirtschaft und ihrer Umsetzung in allen Branchen befassen,
- Augenmerk auf neue Aktivitäten und Branchen und Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen an bestehende Vereinbarungen, um sicherzustellen, dass diese Arbeitsplätze von guter Qualität sind und attraktiv bleiben,
- gewerkschaftliches Erschließen in neuen zirkulären Branchen,
- Bewertung der Folgen des Übergangs zu kreislauforientierten Tätigkeiten für bestehende Tarifverträge und Bewertung, ob der Geltungsbereich überarbeitet werden sollte, um ihn an die Änderungen in Bezug auf die Tätigkeiten anzupassen, bzw. ob über neue Tarifverträge verhandelt werden sollte, um diese neuen Tätigkeiten abzudecken.

¹⁰ In den Jahren 2021 und 2022 beteiligte sich industriAll Europe an einem von der Europäischen Kommission (ESF) finanzierten Projekt mit zwei belgischen Organisationen ([reset.vlaanderen](#) und [Bond Beter Leefmilieu](#)), das sich mit der Rolle der Gewerkschaften beim Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft befasste. Diese Empfehlungen sind eines der Ergebnisse des Projekts und können in der Abschlussbroschüre nachgelesen werden (abrufbar auf der Internetseite von industriAll Europe).

Unsere Forderungen für einen gerechten Strukturwandel zu einer stärker kreislauforientierten Wirtschaft

Die Umstellung auf eine stärker kreislauforientierte Wirtschaft muss fest in die Industriepolitik auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene integriert werden. Die Kreislaufwirtschaft muss aber auch eine starke soziale Dimension haben, die die Auswirkungen auf die Quantität und Qualität der Arbeitsplätze, die Einbeziehung der Sozialpartner, die Antizipation von Qualifikationserfordernissen, den Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie auf die Bevölkerung aufzeigt. Die Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft wird nicht gelingen, wenn die sozialen Auswirkungen nicht richtig eingeschätzt und bewertet werden und es keine starke soziale Säule gibt, die diesen Systemwandel begleitet.

Eine Kreislaufwirtschaft in Europa muss zu guten Arbeitsplätzen führen. Dazu müssen stärkere Tarifverhandlungssysteme und ein sozialer Dialog auf allen Ebenen gewährleistet werden. Der Wandel der Industrien muss vorausschauend geplant und unter Einbeziehung der Arbeitnehmer*innen und ihrer Gewerkschaften vorbereitet werden. Nur so kann ein gerechter Strukturwandel gewährleistet werden, bei dem kein*e Arbeitnehmer*in und keine Region zurückbleibt.

- **Mehr Kreislaufwirtschaft:**

- Wir brauchen mehr Investitionen, Maßnahmen und Unterstützung von Seiten der Europäischen Union, der Mitgliedstaaten und der Unternehmen, damit dieser Übergang tatsächlich stattfinden kann.
- Wir brauchen eine kohärente Kreislaufwirtschaftspolitik, die soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte umfasst. Mit einem Silo-Ansatz, der sich nur auf einen Aspekt konzentriert, wird das Ziel einer stärker kreislauforientierten Wirtschaft verfehlt. Die sozioökonomische Dimension muss vollständig in die Kreislaufwirtschaftspolitik integriert werden.
- Diese Strategien, Maßnahmen und Unterstützungen müssen im Mittelpunkt der langfristigen Industriestrategie der EU stehen und alle Regionen und Gebiete einbeziehen. Wir müssen vermeiden, dass unterstützende Maßnahmen und Kreislaufwirtschaftsprojekte nur bestimmten Gebieten oder Regionen zugutekommen. Die Kreislaufwirtschaftsstrategien müssen die Kohäsionsziele der EU unterstützen und dürfen die Spaltung zwischen den Regionen nicht vertiefen. Sie müssen mit einem klaren lokalen und regionalen Ansatz entwickelt und vollständig in die regionale Industriepolitik eingebettet werden.
- Die Industrie muss sich rasch dazu verpflichten, nachhaltige Produkte zur Norm zu machen, und es muss eine Ausweitung der Herstellerverantwortung ins Auge gefasst werden.
- Investitionen, stärkere Anreize und ein verbesserter politischer Rahmen für Sammlungs- und Abfallbehandlungssysteme sowie eine Förderung der Recycling-Infrastrukturen mit von den Mitgliedstaaten festgelegten Zielen müssen im Mittelpunkt der nationalen Kreislaufwirtschaftspolitik stehen.
- Es sind alle Branchen betroffen, und das Umsetzen von Kreislaufkonzepten ist für alle Industriebranchen von wesentlicher Bedeutung.
- Eine erschwingliche und nachhaltige Versorgung mit sauberer Energie, die mit der Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft in Einklang steht, ist der Schlüssel zur Entwicklung von Recyclingaktivitäten.
- Wir brauchen die rasche Umsetzung der EU-Verordnung zur Festlegung und Vorgabe von Ökodesign-Standards, um sicherzustellen, dass Produkte für die industrialisierte

Kreislaufwirtschaft und die Wiederverwendung von Materialien geeignet sind, aber auch auf Langlebigkeit und Reparierbarkeit ausgelegt sind.

- Wir brauchen eine starke Unterstützung für Forschung und Entwicklung zur Verbesserung von Kreislaufprozessen.
- Soziale und ökologische Regeln für das öffentliche Beschaffungswesen sollten eine wichtige Rolle dabei spielen, die Behörden zu Investitionen in nachhaltigere Produkte zu ermutigen. Dabei ist zu beachten, dass die Behörden die Verantwortung haben, öffentliche Gelder zur Förderung einer kohäsiven sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, einer qualitativ hochwertigen Beschäftigung und qualitativ hochwertiger Dienstleistungen und Produkte einzusetzen.

- **Eine starke soziale Säule für die Kreislaufwirtschaftspolitik**

- Wir brauchen hochwertige Arbeitsplätze. Dies muss bei der Entwicklung von Kreislaufstrategien für Branchen oder Unternehmen auf nationaler Ebene von zentraler Bedeutung sein.
- Wir müssen besonderes Augenmerk auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die öffentliche Gesundheit legen.
- Wir brauchen einen starken Fokus auf Fertigkeiten und Kompetenzen in der europäischen und nationalen Kreislaufwirtschaftspolitik. Diese Strategien müssen Schulungen und den Erwerb von Kompetenzen für die Kreislaufwirtschaft sowie die Weiterbildung und Umschulung im Rahmen des lebenslangen Lernens einschließen.
- Bildungseinrichtungen sind ebenfalls entscheidend, um den Übergang zu einer kreislauforientierten Denkweise zu ermöglichen. Erforderlich sind ein Mentalitätswandel und die kontinuierliche Ausbildung künftiger Fachkräfte der Kreislaufwirtschaft. Öffentliche Mittel für die Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationstätigkeiten von Bildungseinrichtungen sollten sich auf die Kreislaufwirtschaft und den Aufbau nachhaltiger Netzwerke und Ökosysteme konzentrieren, gemeinsam mit Unternehmen und dem öffentlichen Sektor.
- Nachhaltige Produkte sollten zur Norm für Unternehmen, aber auch für Verbraucher*innen werden. Deshalb sollten Waren der Kreislaufwirtschaft für jeden zugänglich sein, auch für Haushalte mit geringem Einkommen.
- Transparenz muss auch für soziale Aspekte gelten, und Informationen über Kreislaufgüter müssen soziale Aspekte umfassen (wie Arbeitsbedingungen, sichere Beschäftigung, Arbeitszeiten, gute Löhne, Sozialdialog, Vereinigungsfreiheit, Existenz von Betriebsräten, Tarifverhandlungen, Tarifbindungsquote, Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung, Arbeitnehmerrechte, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie Gesundheit und Sicherheit).
- Die Achtung der Sorgfaltspflicht in Übereinstimmung mit internationalen und europäischen Arbeitsnormen und der soziale Dialog müssen in allen Bereichen der Kreislaufwirtschaft gewährleistet sein. Die Arbeitnehmer*innen müssen das Recht und die Möglichkeit haben, sich in allen Segmenten der Kreislaufwirtschaft gewerkschaftlich zu organisieren. Das Recht auf Tarifverträge muss gesichert sein.

- **Ein gerechter Strukturwandel hin zu mehr Kreislaufwirtschaft**

- Echte Strategien zur Vorbereitung des Arbeitsmarktes auf den Übergang: Dies bedeutet, dass der Berufsausbildung, vorausschauenden Studien und einer detaillierten Kartierung zur Ermittlung des künftigen Qualifikationsbedarfs in den Regionen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

- Der Wandel muss besser antizipiert und unter Einbeziehung der Arbeitnehmer*innen in den Gewerkschaften vorbereitet werden.
- **Mehr sozialer Dialog für eine Kreislaufwirtschaft:**
 - Im Jahr 2021 haben die europäischen Sozialpartner [im Rahmen des sozialen Dialogs gemeinsame Empfehlungen zur Kreislaufwirtschaft](#) unterzeichnet. IndustriAll Europe unterstützt diese Empfehlungen vollumfänglich.

Anhang/

Nachhaltige Produkte zur Norm machen, um eine Kreislaufwirtschaft durchzusetzen IndustriAll Europe- Bewertung des ersten Pakets zur Kreislaufwirtschaft (2022)

Im Jahr 2020 verabschiedete die Europäische Kommission einen neuen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft, der einen ganzheitlichen Ansatz für den Übergang zur Kreislaufwirtschaft präsentiert. Seitdem wurde kein einheitlicher Rechtsrahmen vorgelegt. Es folgten vielmehr verschiedene Maßnahmen, Initiativen und Rechtsvorschriften. Unter anderem hat die Europäische Kommission am 30. März 2022 ein Paket von Vorschlägen angenommen, um den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft zu beschleunigen, nachhaltige Produkte zur Norm in der EU zu machen, kreislauffähige Geschäftsmodelle zu fördern und das Bewusstsein für den ökologischen Wandel zu stärken.

IndustriAll Europe begrüßt dieses Paket, da es den dringend notwendigen Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft erheblich fördern wird, wenn es richtig konzipiert und umgesetzt wird. Es kommt zum richtigen Zeitpunkt, um unsere Klimaziele zu erreichen und auf eine europäische Energie- und Rohstoffunabhängigkeit hinzuarbeiten¹¹. Leider wurde versäumt, eine Agenda für einen gerechten Strukturwandel und soziale Kriterien in die Arbeit für nachhaltigere Produkte zu integrieren.

Das Paket zur Kreislaufwirtschaft im Einzelnen

Das von der Europäischen Kommission im März 2022 vorgelegte Paket zur Kreislaufwirtschaft umfasst verschiedene Initiativen:

- Eine Mitteilung, um nachhaltige Produkte zur Norm zumachen.
- Eine Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte und einen Arbeitsplan 2022-2024, der sich auf Energieprodukte konzentriert bis die neue Verordnung in Kraft tritt. Die schafft den Rahmen für die Festlegung von Mindestkriterien für bestimmte Produktkategorien, um deren Energieeffizienz, Kreislauffähigkeit und andere Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit deutlich zu verbessern. Diese neuen Regeln werden für fast alle Produkte auf dem EU-Markt gelten. Ziel dieser Harmonisierung ist es auch, Marktverzerrungen im Binnenmarkt zu vermeiden.
- Neue Vorschläge zur Änderung der bestehenden Verbraucherschutzvorschriften, um das Bewusstsein für den grünen Wandel zu stärken, und zur Festlegung strengerer Regeln zur Bekämpfung von frühzeitiger wirtschaftlicher Überalterung und Greenwashing.
- Eine neue Textilstrategie, in der die Pläne der EU für neue Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit im Textilsektor erläutert werden¹².
- Eine Überarbeitung der Bauprodukteverordnung, die den Nachhaltigkeits- und Klimazielen gerecht wird.

Das im März 2022 vorgelegte erste Paket zur Kreislaufwirtschaft wird durch ein zweites Paket zur Kreislaufwirtschaft ergänzt, das im November 2022 vorgelegt werden soll. Das zweite Paket wird einen Vorschlag für eine Verordnung über den Nachweis umweltbezogener Angaben, einen politischen Rahmen für biobasierte, biologisch abbaubare und kompostierbare Kunststoffe, eine Überprüfung der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle, eine Überarbeitung des EU-Chemikalienrechts, neue Maßnahmen zur Verringerung der Freisetzung von Mikroplastik in die Umwelt und einen Vorschlag zur Förderung des Rechts auf Reparatur enthalten.

¹¹ Siehe die Empfehlungen von industriAll Europe zur „Widerstandsfähigkeit bei kritischen Rohstoffen“ hier: [DE](#) [EN](#) [FR](#)

¹² industriAll Europe- Positionspapier: [EN](#), [DE](#), [FR](#)

Unsere Bewertung

Dieses Paket zur Kreislaufwirtschaft zeigt, dass die Europäische Kommission den Übergang zu einer stärker kreislaforientierten Wirtschaft beschleunigen will. Es kommt zum richtigen Zeitpunkt, da die EU-Industrie größere strategische Autonomie in Bezug auf Rohstoffe benötigt, aber auch mit der Energiepreiskrise konfrontiert ist. IndustriAll Europe begrüßt dieses Paket. Leider fehlt die soziale Dimension jedoch völlig, was den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft gefährden könnte. Wir sind außerdem besorgt über die in dem Paket vorgesehene Möglichkeit der Selbstregulierung der Industrie.

Das Paket zur Kreislaufwirtschaft wird den konkreten Übergang zu einer stärker kreislaforientierten Produktherstellung vorantreiben, aber eine klare und überzeugende Agenda für einen gerechten Strukturwandel fehlt völlig. Es besteht in der Tat dringender Bedarf:

- dies mit einer kohärenten Industriepolitik zu verknüpfen, die auf Kreislaufwirtschaft und hochwertige Arbeitsplätze ausgerichtet ist,
- klare Verpflichtungen zur Finanzierung zu schaffen,
- die Sozialpartner einzubeziehen und starke Tarifverhandlungssysteme zu unterstützen,
- den Wandel vorausschauend zu planen und zu gestalten,
- neue Qualifikationsanforderungen anzugehen und das Recht auf hochwertige Schulungen und lebenslanges Lernen zu unterstützen. Wir unterstützen den Verweis auf die Europäische Agenda für Kompetenzen, da die Förderung von Investitionen in Kompetenzen für eine Kreislaufwirtschaft unerlässlich ist. Dies muss ein zentraler Punkt und das Herzstück der Strategie sein.

In Bezug auf die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte fordert industriAll Europe:

- Es müssen auch soziale Aspekte in die Definition von Nachhaltigkeit aufgenommen werden, die in diesem Vorschlag nur Umwelanforderungen umfasst. Ein nachhaltiges Produkt sollte gewährleisten, dass es unter guten Arbeitsbedingungen und unter Zahlung angemessener und durch Tarifverträge garantierter Löhne hergestellt wird. Wirklich nachhaltige Produkte werden unter guten Arbeitsbedingungen hergestellt.
- Soziale Grundsätze müssen umfassend in die Verordnung einbezogen werden. Die internationalen Arbeitsnormen, z. B. Achtung von Sozialdialog und Tarifverhandlungen auf allen Ebenen (Unternehmen und Branche) und die IAO-Arbeitsnormen, müssen eingehalten werden. Die acht grundlegenden IAO-Übereinkommen stellen die wichtigsten Grundsätze dar, ergänzt durch zusätzliche Bestimmungen (wie z. B. die Grundsätze in den Kriterien des Umweltzeichens für Elektronik¹³).
- Im digitalen Produktpass müssen transparente und zugängliche Informationen in Bezug auf folgende Aspekte zu finden sein:

¹³ a) Arbeitszeiten: i) IAO-Übereinkommen über die Arbeitszeit (Industrie), 1919 (Nr. 1); b) Arbeitsentgelt: i) IAO-Übereinkommen über die Festsetzung von Mindestlöhnen, 1970 (Nr. 131); ii) Existenzsichernder Lohn: Der Antragsteller muss sicherstellen, dass die Löhne (ohne Steuern, Prämien, Zulagen oder Überstundenvergütungen), die für eine normale Arbeitswoche (nicht mehr als 48 Stunden) gezahlt werden, ausreichen, um die Grundbedürfnisse (Wohnung, Energie, Ernährung, Kleidung, Gesundheitsfürsorge, Bildung, Trinkwasser, Kinderbetreuung und Transport) des Arbeitnehmers und einer vierköpfigen Familie zu befriedigen und ein gewisses frei verfügbares Einkommen zu gewährleisten. Die Umsetzung sollte unter Bezugnahme auf die SA8000(9)-Leitlinien zum Thema „Entlohnung“ geprüft werden; c) Gesundheit und Sicherheit: (i) IAO-Übereinkommen über die Sicherheit bei der Verwendung von Chemikalien am Arbeitsplatz, 1990 (Nr. 170); (ii) IAO-Übereinkommen über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, 1981 (Nr. 155).

- Arbeitsbedingungen, einschließlich sicherer Beschäftigung, Arbeitszeiten, gute Löhne,
 - Sozialdialog, einschließlich Vereinigungsfreiheit, Existenz von Betriebsräten, Tarifverhandlungen (einschließlich Tarifbindungsquote) und das Recht der Arbeitnehmer*innen auf Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung,
 - Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie Gesundheit und Sicherheit.
- Die sozialen Aspekte von Nachhaltigkeit müssen in Übereinstimmung mit den in der Europäischen Säule sozialer Rechte entwickelten Prinzipien verknüpft und definiert werden.

Für das zweite Paket zur Kreislaufwirtschaft, das im November 2022 veröffentlicht werden soll, fordert industriAll Europe nachdrücklich, die soziale Dimension des Übergangs zu einer stärker kreislaforientierten Wirtschaft zu berücksichtigen. Für uns bedeutet dies, dass jede Initiative, Maßnahme und Gesetzgebung von wirksamen Maßnahmen begleitet werden muss, um einen gerechten Strukturwandel für die europäischen Arbeitnehmer*innen zu gewährleisten. Die EU-Rechtsvorschriften und -Programme, die die Agenda der Kommission für einen gerechten Übergang bilden, müssen gestärkt werden, insbesondere diejenigen, die sich mit der Beschäftigungsdimension, dem sozialen Dialog und Tarifverhandlungen, der Beteiligung der Arbeitnehmer*innen und den Arbeitnehmerrechten befassen.